

Stellungnahme zu aktuellen Fragen, sei es in der Wirtschaftspolitik oder auf dem immer wichtiger werdenden Bereich der Sozialpolitik, zwingen will. Bislang ist es dem parlamentarisch unerfahrenen Mulroney weitgehend gelungen, konkrete Sachaussagen zu umgehen. Bislang wirkt seine persönliche Ausstrahlung stärker als die Summe spezifischer Kernsätze seines politischen Profils.

Bislang – dies die Vermutung mancher Beobachter – tritt Mulroney ganz als der faktisch erfahrene Arbeitsrechtler auf, der er ist. Als der sorgsam abwägende Wirtschaftsführer, der er als Vorstandsvorsitzender der großen Iron Ore Company of Canada war.

Bilderbuchkarriere

Seine erfolgreiche Kandidatur um die Nachfolge Joe Clarks an der Spitze der Konservativen ist kein Zufallsergebnis. Schon 1976 hatte der Sohn einer Arbeiterfamilie aus Baie Comeau, Québec, die Oppositionsführung angestrebt.

Die persönliche Bilderbuchkarriere des Mannes aus sogenannten kleinen Verhältnissen, der sich das Anwaltsstudium durch Nebentätigkeit hart erkämpfte, der sich erstmals im Alter von siebzehn Jahren auf einem Bundesparteitag der Konservativen umtat – an der Seite des gleichaltrigen Joe Clarks übrigens –, weisen Mulroney als einen zähen Kämpfer mit langem Atem aus.

Er artikuliert sich als Sachwalter der Interessen sozial schwacher Schichten: „Unter meiner Führung wird die Regierung Kanadas dort Unterstützung gewähren, wo geleistet wird, wo Notleidende der Hilfe bedürfen, wo eine verunsicherte Gesellschaft Hoffnung braucht. Die Sache der Schwachen wird unsere Sache sein.“ Diese eher pauschalen Absichtserklärungen bedürfen der konkreten Absicherung. Kanada, so Brian Mulroney, muß im „Rahmen seiner Möglichkeiten leben“. Es gehe um die Ermutigung zu persönlicher Leistung und um die Belohnung jener, die die Risiken nicht scheuen. „Wir müssen mit Mut und Opferbereitschaft zu jenen fundamentalen positiven Eigenschaften zurückkehren, nach denen dieses Land geführt werden muß – Bescheidenheit und kluges Haushalten.“ Die kommenden Parlamentsdebatten und der anschließende Bundeswahlkampf werden dem neuen Mann Gelegenheit bieten, seine Vorstellungen zu präzisieren.

„Entsetzt und empört!“

Kanadas Protest



Kanada war das erste Land, das gegen den sowjetischen Abschluß eines mit 269 Passagieren besetzten zivilen südkoreanischen Jumbojets protestierte. Zur Unterstreichung seines Protestes suspendierte Kanada außerdem die Landrechte der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot in Kanada für die Dauer von 60 Tagen und beraubte damit die Aeroflot ihrer einzigen regelmäßigen Flugverbindung zum nordamerikanischen Kontinent.

Außenminister Allan MacEachen hat in verschiedenen Erklärungen zum Abschluß der Maschine, zu dessen 269 Opfern auch zehn kanadische Bürger gehörten, die Empörung der kanadischen Regierung über die sowjetische Haltung zum Ausdruck gebracht.

Vor dem *Internationalen Institut für Strategische Studien*, das vom 8. bis 10. September seine Jubiläumstagung zum 25jährigen Bestehen in Ottawa veranstaltete, unterstrich MacEachen noch einmal sein und der kanadischen Regierung Erstaunen über die Tatsache, daß der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko vor dem Forum der Abschlußrunde der Madrider KSZE-Folgekonferenz die Mißachtung menschlichen Lebens durch die sowjetische Führung in Fällen bekundet habe, in denen die UdSSR ihre nationalen Interessen vermeintlich berührt sieht. Während der Sommermonate, so MacEachen weiter, habe man in Ottawa geglaubt, Zeichen eines sowjetischen Interesses an einer Verbesserung der Atmosphäre, in der Ost-West-Beziehungen gepflegt werden, feststellen zu können. Nun jedoch liege die Bestätigung dafür vor, daß die Sowjetunion ihrer militärischen Sicherheit übergeordnete Priorität beimesse.

Trotz der „brutalen Zerstörung des koreanischen Verkehrsflugzeuges“, so MacEachen, werde Kanadas Regierung jedoch an der eingeschlagenen Politik festhalten. Am NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 mithin. **Doch trotz aggressiver Handlungen der UdSSR halte Kanada die Erzielung ausgewogener und verifizierbarer Rüstungskontrollabkom-**

men mit der Sowjetunion für sicherer als die Fortsetzung eines ungehemmten Rüstungswettlaufs.

Vor dem *Weltsicherheitsrat* der Vereinten Nationen in New York gab der kanadische Chefdelegierte, **Gérard Pelletier**, am 2. September eine Erklärung ab, in der es unter anderem heißt:

„Das kanadische Volk ist ebenso wie seine Regierung entsetzt und empört über das Geschehene. Was auch immer die Umstände gewesen sein mögen, es kann keine Rechtfertigung geben für diesen Beweis der Bereitwilligkeit einer Supermacht, ihre militärische Gewalt gegen die unbeabsichtigte Präsenz von unschuldigen Zivilisten in ihrem Luftraum auszuüben, und in diesem Fall 269 Menschenleben zu vernichten.“

„Aus der Sicht des internationalen Rechts und der allgemein anerkannten Praktiken, die das Verhalten zwischen friedlichen, souveränen Staaten regeln, hat sich die Sowjetunion bei diesem Vorfall des gesetzlosen Verhaltens schuldig gemacht.“

Botschafter Pelletier legte dem Weltsicherheitsrat einen Drei-Punkte-Forderungskatalog der kanadischen Bundesregierung vor:

- Eine sofortige umfassende und unvoreingenommene Untersuchung durch den VN-Generalsekretär;

- Die Internationale Zivilluftfahrtorganisation (ICAO, mit Sitz in Montréal) solle den Vorfall dringend untersuchen, um Empfehlungen zur Verbesserung internationaler Luftfahrtbestimmungen und Praktiken auszusprechen, damit sich ein derartiger Vorfall nie wiederhole; Kanada gehe bei seinem Vorschlag von der Annahme aus, daß die UdSSR bei dieser Untersuchung kooperativ mitwirke;

- „Die Sowjetunion solle aus humanitären Gründen aufgerufen werden, sofortige und großzügige Entschädigungen an die Hinterbliebenen der Opfer zu zahlen. Dies könne durch eine Organisation wie das Internationale Rote Kreuz ermöglicht werden.“

Der Botschafter schloß:

„Wir glauben zuversichtlich, daß die Überlegungen dieses Rates und die wirkungsvollen Beschlüsse, die er fassen muß, nicht durch die Ausübung des Veto-Rechtes vereitelt werden.“